

Pioniere der Reaktion

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **14 (1922)**

Heft 3

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-351654>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Gewerkschaftliche Rundschau

~~~~~ für die Schweiz ~~~~~

Publikationsorgan des Schweiz. Gewerkschaftsbundes

Abonnement jährlich 5 Fr.  
Für das Ausland Portozuschlag  
Postabonnement 20 Cts. mehr

Redaktion: Sekretariat des Schweiz. Gewerkschaftsbundes, Kapellenstrasse 8, Bern  
Telephon 3168 ..... Postcheckkonto N° III 1366  
..... Erscheint monatlich .....

o Druck und Administration: o  
Unionsdruckerei Bern  
o o o o Kapellenstrasse 6 o o o o

## Pioniere der Reaktion.

In der Unternehmerpresse kommen die gewiegtsten Fürsprecher der Unternehmerinteressen mit und ohne Patent zum Wort, um für gutes Geld den Federkrieg für Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung zu führen. Insbesondere die Schweizerische Arbeitgeberzeitung füllt ihre Spalten wöchentlich mit eindringlichen Elaboraten, in denen der Weg zur Gesundung der Wirtschaft — auf Kosten der Arbeiter natürlich — dargestellt wird.

So lässt Herr Reichlin, Sekretär der Maschinenindustriellen, in der Arbeitgeberzeitung vom 4. und 11. Februar seine Weisheit vom Stapel, die wir mit einigen Worten kurz beleuchten wollen. R. sieht wohl ein, dass eine der Hauptursachen der Krise der Währungszerfall ist, glaubt aber, ein Rettungsmittel dagegen gefunden zu haben in der Parole: «Entschlossen mitschwimmen!» *«Mangel an Entschlossenheit ist das Kennzeichen des Tages. Man fürchtet immer wieder die Ueberstürzung, nachdem der Sturz uns doch bereits überholt hat. Dabei setzen wir durch den Mangel an Entschlossenheit unsere Zukunft aufs Spiel. So kommt es, dass bei uns die Lohnkosten der sinkenden Preistendenz nur zögernd folgen, was den sturzartigen Abbau der Löhne infolge Arbeitsmangels nicht hindert. Der Rückgang der Lebenskosten beträgt seit 1920 wenigstens 20 Prozent und wird in kurzem gegen 30 Prozent ausmachen.»*

Ein Tausendkünstler, dieser Doktor. Seine Entschlossenheit könnte ihn leicht das Leben kosten, indem die wilden Wasser über ihn hinweggehen. Damit, dass er behauptet, die Lebenskosten seien bereits um 20 Prozent zurückgegangen, ist dies immer noch nicht bewiesen, denn die Erhebungen, die darüber vorliegen, sind unvollständig, da sie vor allem die gewaltige Steuerbelastung nicht erfassen. Noch gewagter ist es aber, eine weitere Verminderung der Kosten der Lebenshaltung um 10 Prozent für die nächste Zeit zu prophezeien. Der Zentralverband der Arbeitgeberorganisationen berechnet in seiner neuesten Publikation selber den Gesamtrückgang der Preise auf 21 Prozent — und er rechnet sicher nicht zugunsten der Arbeiter — dabei stellt er fest, dass ein Preisrückgang bei den Mietpreisen, den Steuern, den Verkehrsausgaben und den meisten übrigen Ausgaben noch nicht zu verzeichnen sei und dass sich der Preisrückgang im allgemeinen verlangsamt hat. Dass es sich bei den Auslassungen des Herrn R. um eine scharfmacherische Gefälligkeitsarbeit handelt, erhellt wohl auch daraus, dass der Herr Sekretär das *zögernde Sinken* des Lohnes gegenüber den fallenden Preisen bedauert, aber nicht umhin kann, trotzdem einen sturzartigen Abbau der Löhne infolge *Arbeitsmangels* zu konstatieren. Das letztere ist leider der Fall. In manchen Industriezweigen ist dieser Sturz schon so rapid geworden, dass die Löhne weit unter die erträgliche Norm gesunken sind. Wird aber nach dem Rezept des Herrn Reichlin verfahren, so wäre der ideale Zustand der, dass den Arbeitern allgemein die

Zumutung gemacht werden müsste, im Hinblick auf eventuell noch zu erwartende Preisreduktionen weitere Lohnreduktionen zum voraus anzunehmen — im Interesse der Konkurrenzfähigkeit der Industrie. Da die deutsche Valuta heute auf etwa Fr. 2.50 steht, und ein Arbeiter in Deutschland im Tag rund 100 Mark verdient, dürfte die Konkurrenzfähigkeit erreicht sein, wenn der Schweizer Arbeiter sich mit einem Taglohn von Fr. 2.50 begnügt. Ein solcher Lohn reicht aber nicht einmal zur Bezahlung der Wohnungsmiete aus.

Weiter erzählt Herr Reichlin seinem Publikum von der Hypertrophie (krankhaften Vergrößerung) der kommunalen und staatlichen Betriebe und deren «Unrendite». Um wieviel besser es das Privatkapital macht, das hat die grenzenlose Ausbeutungswirtschaft während des Krieges gezeigt, da das Publikum schamlos gerupft wurde. Denken wir dann noch an die vielen Bankrotte bedeutender Industrieunternehmen und an die notwendig gewordenen «Sanierungen» von Banken und Privatbahnen, so haben wir ein abgerundetes Bild von der Leistungsfähigkeit und der Gemeinnützigkeit des Privatkapitals.

Die Unternehmer werden zur Selbsthilfe aufgerufen. Herr Reichlin sagt: «Da aber, wo dies geschieht, da, wo Berufene und Unberufene in die Radspeichen eingreifen, muss er zum Wohle der Gesamtheit energisch als Forderer auftreten, Abhilfe verlangen.» Was versteht der Herr Doktor unter Selbsthilfe? Beseitigung des Arbeiterschutzes, Beseitigung des Koalitionsrechts, Schutzzölle, Einfuhrverbote! Wo es sich um diese Dinge handelte, stand der Zentralverband der Arbeitgeberverbände immer mit an der Spitze — im Interesse der Gesamtheit.

Die Arbeitszeitfrage darf bei den Expektorationen des Herrn Dr. natürlich auch nicht vergessen werden. Dass er dem Achtstundentag keinen Geschmack abgewinnen kann, soll ihm bei seiner Stellung nicht verargt werden. Wir können es uns auch ersparen, ihn eines Besseren zu belehren. Dagegen ist es schon stark, wenn er die ablehnende Haltung der schweizerischen Unternehmer mit einem Satz wie dem folgenden begründet: «So war denn auch die Washingtoner Konferenz mit Bezug auf die beabsichtigte Durchsetzung des Achtstundentages ein Schlag ins Wasser. Die vorgeschlagene Konvention ist von den bedeutendsten Industriestaaten nicht ratifiziert worden. Es ist bekannt, dass gerade die schweizerischen Unternehmer Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt haben, um die Ratifizierung durch die Schweiz zu verhindern, und es ist weiter bekannt, dass die Unternehmer aller Industrieländer sich gegenseitig verpflichtet haben, die Ratifizierung überhaupt zu verhindern. Dem Exodus in die Gesetzgebung und in die Praxis der andern Länder wollen wir nicht folgen, es ist ja bekannt, aus welchen Quellen da geschöpft wird und welchen Zwecken diese Beweisführung zu dienen hat.

Herr Reichlin beruft sich zu guter Letzt auf die Arbeiter selber, die eine Verlängerung der Arbeitszeit «postulieren», um die Folgen einer unumgänglichen Lohnreduktion leichter tragen zu können. Es ist damit

erneut festgestellt, dass die Notlage der Arbeiter dazu benützt wird, ihre eigenen Interessen preiszugeben, denn es muss auch dem Herrn Unternehmersekretär klar sein, dass die Konkurrenzfähigkeit um kein Jota gehoben wird, wenn der Arbeitstag auf 9 oder 10 Stunden verlängert wird, weil der Konkurrent das böse Beispiel sofort nachahmt. Die Arbeiter darüber aufzuklären und sie zum Widerstand gegen die reaktionären Unternehmerpläne anzuspornen, ist unsere wichtigste Aufgabe trotz der «Einheitsfront» der Reaktion, zu der noch besonders aufgegeben wird.

In der Nummer vom 11. Februar der «Arbeitgeberzeitung» wird von einem Jk.-Korrespondenten speziell zur Arbeitszeitfrage Stellung genommen. Dieser hat eine Entdeckung gemacht, die wir den Lesern der «Rundschau» nicht vorenthalten dürfen. Seine Argumentation fusst auf der alten Losung der Dreiteilung: acht Stunden Arbeit, acht Stunden Erholung, acht Stunden Schlaf. Er hat nun einen Rechenfehler entdeckt, den es gutzumachen gilt, um die Harmonie zwischen Unternehmern und Arbeitern zu vervollständigen. Er sagt folgendes:

«Auch wir können Anhänger der Dreiteilung des menschlichen Lebens sein. Aber wir müssen dabei gegen uns selbst ehrlich sein und die Verteilung in der Weise vornehmen, dass damit die Richtigkeit derselben gewährleistet ist. Dies erreichen wir aber nur, wenn wir als Berechnungsbasis mindestens eine ganze Woche nehmen, weil sich zu je 6 Arbeitstagen ein regelmässig wiederkehrender gesetzlicher Ruhetag, der Sonntag, hinzugesellt, der logischerweise auch als solcher gerechnet werden muss.

Die Woche zu 7 Tagen à 24 Stunden ergibt = 168 Std.  
 Davon  $\frac{1}{3}$  für Arbeit = 56 Stunden  
 $\frac{1}{3}$  für Erholung = 56 Stunden  
 $\frac{1}{3}$  für Schlaf = 56 Stunden Total 168 Std.

Die richtige Durchführung der Dreiteilung würde daher bedingen, dass 56 Arbeitsstunden pro Woche geleistet werden könnten.»

Dem Mann sollte für seine phänomenale Entdeckung eine Extragrattifikation aus der Kasse des Arbeitgeberverbandes verabfolgt werden zusammen mit einem Ehrendiplom. In der Tat, es ist merkwürdig, was für einfältige Ideen zutage gefördert werden im Bestreben, die 48stundenwoche zu diskreditieren. Wenn der «Erfinder» dieser «Dreiteilung» zum Schluss noch ausruft: «Schade, jammerschade um unser schönes Land, das um eines an sich unnatürlichen Dogmas willen solch schwere Opfer tragen muss!», braucht es keine weiteren Worte mehr, um seine völlige Ignoranz in volkswirtschaftlichen Dingen festzustellen.

Der Dritte im Bunde, den wir heute unsern Lesern vorstellen müssen, ist ein Dr. Streiff, Präsident des Verbandes glarnerischer Gewerbevereine, dessen Rede auf einer Gewerbetagung als Leitartikel in der Schweiz. Gewerbezeitung erschien. Dieser Doktor scheint ein neugebackener Eisenfresser zu sein, der das Bürgertum für seine Angst während des Landesstreiks wie folgt apostrophiert: «Im Landesstreik vom Nov. 1918 stand dieses (das Bürgertum) vielfach schlotternd hinter selbst schlotternden Bundesräten und Regierungsräten. Diese Behörden machten in ihrem Schlotter allerlei beschwichtigend sein sollende Erklärungen. Diese werden nun als Versprechungen, die man dem Volke gegeben habe, hingestellt, die erfüllt werden müssen. Wie wunderbar, wie untätig demütigend ist das doch in einem Lande, das sich mit Stolz die freie demokratische Schweiz nennt.» Dieser Doktor sticht insoweit von seinen oben behandelten Kollegen ab, als er gar nicht erst versucht, die Notwendigkeit des Lohnabbaues und der Arbeitszeitverlängerung nachzuweisen, sondern brutal auf seine Macht pocht, in diesem Falle auf die Diktatur der Unternehmer, verstärkt durch die Bauern. Dass

das Arbeitszeitgesetz im Jahre 1920 mit gewaltiger Mehrheit vom Volke sanktioniert wurde, schert diesen Freiheitsfanatiker wenig. Er meint: «Die Hindernisse dürften heute hauptsächlich in der überstürzten Abänderung des Fabrikgesetzes und des Arbeitszeitgesetzes bei den Transportanstalten und bei den zahllosen Arbeitersekretären liegen, wie jüngste Erfahrungen beweisen. Letztere kämpfen dabei für ihre total unproduktive, ja meist direkt verderblich wirkende Lebensexistenz; sie sind in vielen Beziehungen die Drohen der Arbeiterwelt.» Die Kampfweise dieses Doktors, von dem es uns interessieren würde zu wissen, welchen «Gewerbebetrieb» er führt, steht auf einem bedenklichen Niveau. Da ihm triftige Argumente fehlen und er seine Unentbehrlichkeit dartun muss, schiebt er den Arbeitersekretären, die in der Tat alle aus dem Arbeiterstand hervorgegangen sind, verächtliche Motive unter.

Wir sind überzeugt davon, dass wenn nach dem Rezept dieses Doktors Streiff verfahren wird, das Land schweren Kämpfen entgegengeht, denn: Wer Wind sät, wird Sturm ernten!



## Der Wiederaufbau des französischen Gewerkschaftsbundes (C. G. T.) nach der Trennung von den Kommunisten.

Nach ihrer Niederlage auf mehreren aufeinanderfolgenden Kongressen glaubten die Kommunisten, dass der Kongress von Lille (25. Juli bis 2. August 1921) ihnen endlich den langersehnten Sieg bringen würde. Sie wurden erneut geschlagen und ihre Erwartungen bitter getäuscht. Trotz dem ausgezeichneten Zellenbau der C. S. R. (Syndikalistisch-revolutionäre Vorstände), verbunden mit der Mandatjagd, gelang es den Anhängern Zinoviews, dessen Grosspriester in Frankreich gegenwärtig der Streikbrecher von 1910, Monmousseau, ist, nicht, die Majorität zu erlangen. Wie zu erwarten war, wurde trotz dieser Niederlage das Zerstörungswerk von den Kommunisten mit neuer Kraft wieder aufgenommen. Sie weigerten sich, den Beschluss des Bundeskongresses anzuerkennen. Die Minderheit hielt in Lille selbst einen anderen Kongress ab, an welchem beschlossen wurde, gegen die Beschlüsse der Mehrheit anzukämpfen zu wollen. Die Minorität weigerte sich auch, die C. S. R. aufzulösen, selbst als das Bundesbureau seine Demission offerierte, um, wenn möglich, die Einheit wieder herzustellen und der französischen Gewerkschaftsbewegung die Aktionsfähigkeit wiederzugeben, die sie seit dem Verleumdungs- und Demagogenzug der Moskoviter verloren hatte. Die Kommunisten erklärten, dass sie selbst die Führung des Gewerkschaftsbundes haben wollen und dass, solange dieses Ziel nicht erreicht sein würde, von einer Auflösung ihrer Organisation keine Rede sein könne.

Zur Erreichung ihres Zieles beriefen sie im Dezember einen besonderen Kongress ein, ohne die Organe der C. G. T. zu begrüßen; sie gaben nach bekannter Manier dieser Zusammenkunft den Namen «Einheits-Kongress». Sämtliche Departementsverbände und -unionen wurden eingeladen, aber nur ihre Anhänger nahmen daran teil. Beunruhigt durch den Misserfolg ihrer Einladung, beeilten sie sich, einen der Priester der russischen Internationale, Losowski, aufzufordern, dem Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam ein Telegramm zu senden, um diesen zu einer Konferenz zwecks Wiederaufrichtung der Einheit der französischen Gewerkschaftsbewegung einzuladen. Die Aufrichtigkeit dieses Schrittes kann man am Ton der kommunistischen Presse seit dem Bundeskongress ermesen. Die Antwort der Amsterdamer Internationale war so, wie sie nach Lage